

Dorfen, 1. Mai 2022

Nein zu Krieg, Aufrüstung und Sozialabbau

Am 1. Mai 1914 gingen in Deutschland Zigtausende für den 8-Studentag, ein allgemeines Wahlrecht und den Völkerfrieden auf die Straße. Nur drei Monate später war es um diesen Völkerfrieden geschehen, auch weil die Organisationen der Arbeiter*innenklasse mehrheitlich auf den Kriegskurs der Regierung einschwenkten - nicht nur in Deutschland.

Die Bilanz des über 4 Jahre dauernden Kriegs: 17 Millionen Tote, Millionen Kriegsversehrte und Traumatisierte, Hunger, Not und Elend. Ein damals um sich greifendes Virus hatte unter solchen Bedingungen leichtes Spiel und raffte weitere Zig-Millionen Menschen dahin.

Heute sprechen wir tatsächlich wieder von der realen Gefahr eines Weltkriegs, noch dazu unter Beteiligung gleich mehrerer Atommächte. Der seit 8 Jahren schwelende Ukraine-Konflikt wurde von Russland in einen heißen Krieg verwandelt, um zu verhindern, dass die Ukraine der NATO Beitritt und um sich Gebiete im Osten der Ukraine einzuverleiben. Das von Russland zusätzlich angeführte Kriegsziel der Verhinderung eines Genozids entbehrt jeglicher Grundlage und die mit der Invasion angeblich angestrebte Entnazifizierung ist nur ein vorgeschobenes Motiv, da die faschistische und in Teilen nazistische Rechte der Ukraine zuletzt stark an Einfluss verloren hat. Bei den letzten Wahlen scheiterten alle faschistische Parteien deutlich an der 5%-Hürde.

Obwohl immer wieder zivile Einrichtungen zerstört werden – die primären Ziele waren zumindest in den ersten Kriegswochen militärischer und infrastruktureller Art. Dass russische Truppen offenbar auch grausame Massaker wie das in Butscha begingen und v.a. in Mariupol und Charkiw viele tote Zivilist*innen zu verantworten haben, dazu das Leid Millionen Geflüchteter, Traumatisierter und Hinterbliebener ist zwar schrecklich und unentschuldig, aber der Krieg wird damit noch nicht zum oftmals von ukrainischer Seite behaupteten „Vernichtungskrieg“.

So sehr ich am 24. Februar vom Umfang der russischen Invasion Russlands überrascht war, die Reaktion der Ukraine war zu erwarten aber nicht zwingend. Ich möchte mir nicht anmaßen, der ukrainischen Regierung oder irgendeiner anderen zu empfehlen, sich feindlichen Truppen kampfflos zu ergeben. Aber ich denke, dass es bei starker militärischer Unterlegenheit eine Option wäre, damit viele Menschenleben, Städte und Infrastruktur erstmal zu retten, um dann mit anderen und für die eigenen Kräfte angemesseneren Kampf- und Widerstandsformen gegen die Besatzung zu agieren. Nun, die ukrainische Regierung hat sich für die Landesverteidigung mit allen Mitteln entschieden, allen Männern von 18 bis 60 das Verlassen des Landes verboten und fordert seit Kriegsbeginn unablässig möglichst viele und möglichst schwere Waffen von NATO-Staaten. Mittlerweile haben einige dieser Staaten, darunter Deutschland, ihre Zurückhaltung überwunden und tun es nun den USA gleich, die sehr schnell und bis heute im Wert von 3,4. Mrd. Waffen und andere militärische Ausrüstung an die Ukraine geliefert haben.

Sah es in den ersten Kriegswochen noch so aus, als könnten sich die Ukraine und Russland evtl. auf eine schnelle Waffenruhe mit Vereinbarungen über den künftigen Status der Ukraine, der beiden Donbass-Republiken und der Krim einigen, brachten die militärischen Erfolge der Ukraine bei Kiew und die Versprechungen westlicher Unterstützer offenbar eine Wende: Der EU-Außenbeauftragter Borrell sagte der Ukraine „Wir müssen die Waffen liefern, die ihr braucht, um den Kampf fortzusetzen. ... Dieser Krieg wird auf dem Schlachtfeld gewonnen werden. ... Die Waffenlieferun-

gen werden auf die ukrainischen Bedürfnisse zugeschnitten sein." Angesichts dieser einsetzenden und umfangreichen Unterstützung aus dem Westen spricht man im Pro-Ukraine-Lager mittlerweile sogar von einem möglichen Sieg gegen Russland. US-Außenminister Austin sagte am 25. April: „Sie können gewinnen, wenn sie die richtige Ausrüstung und die richtige Unterstützung haben. Der erste Schritt zum Sieg ist der Glaube daran, dass man gewinnen kann.“

Doch was ist mit „Sieg“ gemeint? Vertreibung aller russischer Truppen von ukrainischem Staatsgebiet? Inklusiv des Gebiets der Donbass-Republiken? Inklusiv der Krim? Wären die Ukraine und ihre Unterstützer mit der Wiederherstellung des Vorkriegsstatus zufrieden? Oder würde die Ukraine versuchen, mit ihrem neuerdings riesigen Waffenzufluss nach Russland einzudringen, es militärisch zu besiegen und Putin zu stürzen? Schließlich sagte US-Präsident Biden erst vor wenigen Tagen: „Um Gottes willen, dieser Mann [Putin] kann nicht an der Macht bleiben.“

Angesichts der historischen Erfahrungen mit Russland-Feldzügen und dem riesigen Waffenarsenal Russlands wäre es ein wahnsinniges Vorhaben. Denn Russland verfügt auch über strategische und taktische Atomwaffen mit insgesamt über 6000 Sprengköpfen. Wer kann garantieren, dass sie nicht davon Gebrauch machen? Es ist kaum vorstellbar, dass in einem solchen Falle die NATO nicht mit der gleichen Waffengattung antwortet und so weite Teile Eurasiens zerstört oder verstrahlt werden.

Selbst wenn keine Nuklearwaffen eingesetzt werden, droht im Falle eines weiter eskalierenden Krieges eine atomare Katastrophe: Denn in der Ukraine sind 15 und in Russland 39 Kernreaktoren in Betrieb. Sollte eines dieser Kernkraftwerke von einer Rakete getroffen oder durch ausgefallene Kontrollsysteme zur Kernschmelze gebracht werden, droht ein zweites Tschernobyl und Schlimmeres.

Was tun?

Natürlich muss gefordert werden, dass die Waffen sofort schweigen, Verhandlungen beginnen und sich Russland komplett aus der Ukraine zurückzieht. Nur stehen dem offenbar die aktuellen Kriegsziele der beteiligten Mächte entgegen: Russland will sich den gesamten Donbass einverleiben und die Ukraine-NATO-Seite orientiert offenbar zunehmend auf einen militärischen Sieg, wie auch immer dieser definiert wird.

Dass sich Hunderttausende Menschen in der Ukraine in sogenannten Territorialeinheiten zusammenschließen, sich bewaffnen und den anrückenden russischen Truppen Widerstand leisten ist deren eigener Wille und ein Kampf, der unsere Solidarität und Unterstützung verdient. Davon zu unterscheiden sind aus meiner Sicht die Kriegsziele und die Kriegsführung des ukrainischen Staates. Er möchte Luhansk, Donezk und die Krim in die Ukraine integrieren und mithilfe seiner NATO-Freunde Russland eine Niederlage beibringen, von der es sich auf absehbare Zeit nicht erholen kann. US-Außenminister Austin sagte kürzlich: „Wir wollen, dass Russland so weit geschwächt wird, dass es zu etwas wie dem Einmarsch in die Ukraine nicht mehr in der Lage ist.“

Auch wenn jegliche Lieferung von leichten Waffen zur Selbstverteidigung der ukrainischen Bevölkerung natürlich über staatliche Stellen geht und die Territorialeinheiten auch der Ukrainischen Armee unterstellt sind, wären sie aus meiner Sicht dort geboten, wo sie von diesen Freiwilligen-Verbänden (faschistische Gruppen natürlich ausgenommen) angefordert werden.

Die nun auch von Deutschland beschlossene Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine jedoch bedeutet Öl ins Kriegsfeuer zu gießen und intensiviert die Kriegsbeteiligung der NATO. Sie füllt nur

die Kassen deutscher Rüstungskonzerne und begräbt die Hoffnung auf baldige Waffenruhe und Verhandlungen.

Eskaliert der Ukraine-Krieg weiter, wird es weltweit zu noch größeren Produktionsausfällen und Versorgungsengpässen kommen. Dies wird die Hungersnöte ausweiten, die Migrationswellen vergrößern und auch den Kampf gegen Corona zurückwerfen.

Der extreme Aufrüstungskurs der Ampelregierung, der von der Union freudigst mitgetragen wird, ist sowohl *sicherheitspolitisch* wie auch *klimapolitisch* eine Katastrophe.

Was im Bundestag nur 3 Tage nach Kriegsbeginn angesichts der nun günstigen Gelegenheit aus der Schublade geholt wurde, ist nicht weniger als der Plan für eine unglaubliche Militarisierung Deutschlands. Kein Wunder, denn schon lange lamentieren v.a. Politiker*innen aus der Union, zuletzt auch immer mehr aus der Ampelregierung, Deutschland müsse endlich zu einer militärischen Stärke finden, die seiner ökonomischen entspreche. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands gegen die Ukraine liefert dafür die perfekte Steilvorlage. Sollte dieses Vorhaben gelingen, würde Deutschland die EU nicht nur ökonomisch sondern in einigen Jahren auch militärisch dominieren.

Außerdem gehören Rüstung und Militär bekanntermaßen zu den ganz großen Klimakillern. Das US-Militär emittiert jährlich soviel CO₂ wie der 10-Millionen-Staat Schweden. Obwohl Deutschland seinen 1,5°-Pfad laufend deutlich verfehlt will es nun 60 Transporthubschrauber, dutzende F-35-Tarnkappenjets, etliche Kriegsschiffe, Drohnen und dazu weitere Waffen, Geräte, Munition und Ausrüstung anschaffen. All das muss nicht nur produziert sondern auch instandgehalten und laufend zu Ausbildungszwecken und bei Manövern eingesetzt werden.

Bisher gibt Deutschland bereits jährlich über 50 Mrd. Euro für Bundeswehr & Co. aus. Künftig soll der Militäretat auf ca. 80 Mrd. Euro steigen. Diese riesigen Summen müssen natürlich irgendwo wieder hereingeholt werden. Da die Vermögen der Reichen als unantastbar gelten, drohen Sozialabbau und Verarmung. Die bescheidenen Maßnahmen der Regierung wie 12 Euro Mindestlohn oder die kürzlich beschlossenen Hilfen werden wohl von der Inflation, die bereits 7,4% beträgt, aufgefressen.

Deshalb müssen wir den Kriegs- und Aufrüstungspropagandisten, die derzeit oft mit viel staatspolitischer Aufgeblasenheit und nationaler Borniertheit gerne über Pazifismus herziehen und damit jedwede Kritik am neuen deutschen Kriegskurs mundtot machen wollen, den Kampf ansagen.

Wir müssen dafür streiten, dass Deutschland die Kriegsallianz NATO verlässt, die nur dazu da ist die, die Macht und Privilegien der reichen westlichen Länder, allen voran der USA abzusichern. Wir müssen dafür streiten, dass Deutschland dem Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft, und die 20 in Deutschland lagernden Atombomben der USA endlich verschwinden und unschädlich gemacht werden.

Darüberhinaus gilt es festzustellen, dass die derzeitigen Krisen nicht alle einfach Putin anzulasten sind, sondern wesentlich in über 200 Jahren Kapitalismus wurzeln, der mittlerweile auch Russland und China durchdrungen hat. Weil im Kapitalismus nichts ohne Wachstum geht, die Erde aber nicht mitwächst, kommen sich Staaten zwangsläufig ins Gehege und auf saublöde Gedanken. Z.B. in die Ukraine einzumarschieren oder Russland erobern zu wollen oder trotz dramatischer Klimakrise die Rüstungsmaschinerie anzukurbeln.

Stefan Brandhuber